

K-3NEU Kapitel 2: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Gremium: Landesvorstand
 Beschlussdatum: 08.12.2022
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 Berlin funktioniert nur zusammen. In Zeiten von sich gegenseitig überlappenden Krisen und
 2 extremen Unsicherheiten dürfen wir Menschen nicht gegeneinander ausspielen und niemanden
 3 zurücklassen. Die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine verdeutlichen unsere
 4 Abhängigkeit von fossiler Energie und sorgen für eine extreme Inflation mit massiven
 5 Preissteigerungen. In den letzten Jahren hat die Corona-Pandemie bereits viele Menschen an
 6 den Rand der wirtschaftlichen Existenz gebracht und Armut weit in die Gesellschaft getragen.
 7 Viele Berliner*innen müssen nun noch kürzertreten und zu viele wissen nicht, wie sie über
 8 den Monat kommen sollen. Armut war bereits vor der Inflation eine große Herausforderung in
 9 Berlin und hat sich in den letzten Monaten massiv verschärft. Kinderarmut, Altersarmut und
 10 Energiearmut sorgen für Schlangen bei den Tafeln. Auch die Situation obdachloser Menschen
 11 hat sich verschärft. Von Armut betroffen sein, macht krank und verhindert gleichberechtigte
 12 Teilhabe in der Gesellschaft. Gerade Alleinerziehende, Schwarze Menschen, People of Color,
 13 Kinder, ältere Menschen, prekär Beschäftigte, Soloselbstständige, Erwerbssuchende, Menschen
 14 mit Behinderung und geflüchtete Menschen sind von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung
 15 betroffen.

16
 17 Die Wohnungsnot in Berlin verschärft die Situation von Armut betroffener Menschen. Auch
 18 soziale Träger verlieren bezahlbare Räumlichkeiten. Wir kämpfen für ein Berlin, das
 19 niemanden zurücklässt, in dem von Armut Betroffene Hilfe bekommen, um diese zu überwinden,
 20 in dem alle sicher und bezahlbar wohnen, sich gesund ernähren, gleichberechtigt teilhaben
 21 und ihren Platz in der Gesellschaft finden können. Der Kampf gegen Armut hat für uns höchste
 22 Priorität.

23
 24 **Wohnen ist keine Ware – Gemeinwohlverpflichtung für Wohnraum durchsetzen!**

25 Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschneit,
 26 auch weil in einer Situation der Wohnungsknappheit und fehlender alternativer
 27 Anlagemöglichkeiten hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist.
 28 Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt nach Wiener Vorbild, bei
 29 dem mindestens 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden. Dafür
 30 wollen wir ein breites Bündnis schließen – von den landeseigenen Wohnungsunternehmen über
 31 gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Stiftungen und Hausprojekte bis zu
 32 Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das
 33 Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten.
 34 Geschäftsmodelle, die auf schnelle, überhöhte Renditen setzen oder mit Wohnraum spekulieren,
 35 lehnen wir ab. Die Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die
 36 Füße gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir
 37 Verantwortung tragen. Wir haben den sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht
 38 genutzt, eine Genossenschaftsförderung erkämpft und den Mietendeckel eingeführt. Jetzt
 39 nachdem klar ist, dass wir auf Landesebene nicht die Zuständigkeit für einen Mietendeckel
 40 haben, werden wir alles tun, um dennoch die Berliner Mieter*innen zu schützen: Wir bauen
 41 Berlin weiter gemeinwohlorientiert und nachhaltig um. Wir erwerben die Stadt Stück für Stück
 42 zurück, um die Gemeinwohlorientierung zum zentralen Merkmal des Berliner Mietenmarktes zu
 43 machen. Wir bauen ein Miet- und Wohnungskataster auf, um mehr Transparenz auf den
 44 Wohnungsmarkt zu erreichen. Doch jetzt ist auch klar: Die Bundesregierung und der Bundestag

45 stehen nun in der Pflicht, den Ländern und Kommunen Möglichkeiten an die Hand zu geben, die
46 Mieten selbst zu regulieren und auch zu deckeln und das Vorkaufsrecht wieder nutzen zu
47 können. Zudem wollen wir bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen den Mietendeckel
48 gesetzlich verankern.

49 Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören

50 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das
51 kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses
52 Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus
53 Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben
54 den Landesmindestlohn auf 13 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und
55 Freischaffende eingezogen. Auch auf Bundesebene konnten wir eine deutliche Anhebung des
56 Mindestlohnes erreichen. Wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
57 garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben.
58 Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung.

59
60 In der Bundesregierung tragen wir Verantwortung, dass Deutschland gut durch diese Krise
61 kommt. Um die Energiepreise bezahlbar zu halten haben wir eine Gas- und Strompreisbremse
62 eingeführt - und wir adressieren Menschen in schwierigen Lagen ganz gezielt. Mit der
63 Wohngeldreform weiten wir den Kreis der Berechtigten massiv aus, die Kindergelderhöhung auf
64 250 Euro für jedes Kind hilft vor allem Familien mit weniger Geld. Mit dem Bürgergeld haben
65 wir große Verbesserungen für Menschen in der Grundsicherung erreicht und den Regelsatz um
66 gut 50 Euro pro Monat angehoben. Und für Haushalte, Unternehmen oder Einrichtungen, die
67 besonders hart von den hohen Energiepreisen betroffen sind, haben wir Härtefall-Regelungen
68 geschaffen. So helfen wir zum Beispiel gezielt Mieter*innen sowie sozialen oder kulturellen
69 Einrichtungen.

70
71 Um die Berliner*innen in dieser schweren Zeit nicht allein zu lassen, haben wir auf
72 Landesebene ein Entlastungspaket im Umfang von 3 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Damit
73 unterstützen wir den Ausbau erneuerbarer Energien, entlasten mit dem 9-Euro Sozialticket
74 sowie dem 29 Euro Ticket die Berliner*innen und leisten damit gleichzeitig einen Beitrag für
75 die Verkehrswende und für mehr Klimaschutz. Ebenso haben wir im Umfang von 30 Millionen Euro
76 einen Härtefallfonds gegen Energieschulden aufgelegt, um betroffene Berliner*innen bei ihren
77 Strom-, Gas- und Heizkosten zu unterstützen. Den Härtefallfond und günstige Mobilität wollen
78 wir dauerhaft zur Bekämpfung von Armut etablieren. Und wir unterstützen kleine und
79 mittelständische Unternehmen bei der Transformation. Das erhält Arbeitsplätze und sichert
80 das Einkommen vieler Berliner*innen.

81
82 Mit dem Kündigungsmoratorium für die 350.000 Wohnungen von landeseigenen
83 Wohnungsbaugesellschaften sowie den Wohnungen des Studierendenwerks Berlin schützen wir
84 Mieter*innen bis Ende 2023. Wir unterstützen die sozialen Träger und Vereine unserer Stadt
85 bei den steigenden Energiekosten mit 130 Millionen Euro und wir haben ein Landesprogramm zur
86 Energieberatung mit unserer Bürgermeisterin Bettina Jarasch aufgelegt. Damit stärken wir die
87 Energieberatungen sowie die Energieschuldnerberatungen in Berlin.

88
89 Wir haben dafür gesorgt, dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der
90 Unterkunft verlässlich übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir
91 haben damit begonnen, das Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen,
92 die ihnen zustehen, auch tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser
93 Stelle Vorreiter. Der Weg zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit
94 angehören, ist aber noch weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und

95 Sozialleistungen auf Bundesebene endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu
96 beenden. Solange das nicht passiert ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für
97 Überblick sorgen. Dazu wollen wir mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege
98 der Umsetzung aus allen Bezirken in alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken
99 vor Ort im sozialen Umfeld Unterstützung leisten. Wir gehen den Kampf gegen Armut
100 ganzheitlich an. Denn gute frühkindliche Bildung, gute Kitas und Schulen, bezahlbarer
101 Wohnraum, gute Arbeit, ein durchlässiges Bildungssystem, der Kampf gegen Ausgrenzung und
102 Diskriminierung, all das ist entscheidend, um Armut wirklich zu bekämpfen. Initiativen in
103 all diesen Bereichen werden wir aktiv unterstützen.

104 Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge

105 Für Gesundheit ist nicht alleine die Gesundheitspolitik verantwortlich, sondern jeder
106 einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
107 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei Fragen der Mobilität bzw. der Verkehrswende,
108 bei der Ernährungswende, in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik, im Bildungsbereich, in der
109 Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik, beim Klimaschutz oder in der Stadtentwicklung.
110 Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit, unabhängig vom Geldbeutel, unser Ziel.
111 Gesundheit bedeutet für uns körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe
112 und Selbstbestimmung. Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems
113 aufgezeigt: Statt in gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst
114 (ÖGD) über Jahrzehnte kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns
115 gehören gute Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der
116 Profitmaximierung dienen. Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser
117 ausgestattet und wir wollen diesen Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den
118 ÖGD attraktiver machen und für mehr Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte,
119 im Kiez vernetzte Versorgungsangebote zu entwickeln. Wir haben die Investitionspauschale für
120 die Berliner Krankenhäuser erhöht, zusätzliches Geld für Digitalisierung zur Verfügung
121 gestellt und wollen bei der Krankenhausplanung einen besonderen Fokus auf hohe Qualität und
122 bedarfsgerechte Strukturen legen. Die Vielfalt der Krankenhausversorgung in Berlin ist und
123 bleibt ein bündnisgrünes Anliegen. Wir wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung
124 bieten und setzen uns nachhaltig auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den
125 Bezirken ein – insbesondere auch bei den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer
126 besseren Verteilung wollen wir eine besser vernetzte und aufeinander abgestimmte
127 Angebotsvielfalt erreichen; dazu müssen wir das Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V)
128 stärken und erweitern.

129 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik gemacht, sondern
130 jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die
131 Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Ernährungswende, der Verkehrswende, im
132 Bildungsbereich, in der Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik oder in der
133 Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit unser Ziel. Wir wollen
134 erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die gleichen
135 gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für uns körperliches,
136 psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

137 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der ambulanten Pflege,
138 in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass Pflegekräfte unter
139 schlechten Bedingungen für viel zu viele Patient*innen Verantwortung übernehmen müssen.
140 Darum haben wir gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren
141 intensiv an Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids
142 „Gesunde Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen
143 Personalschlüsseln die Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Diese Personalschlüssel

144 sollen an dem ermittelten Behandlungsbedarf orientiert sein und in allen Settings und
145 Fachbereichen gelten. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und Wohnformen im Alter fördern,
146 um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dafür möchten wir
147 parallel zu ambulanten Facharztpraxen auch ambulante pflegerische Angebote mehr
148 unterstützen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene
149 für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich dem Elterngeld, ein. Im Bund
150 unterstützen wir außerdem eine umfassende Reform der Pflegeversicherung. Wir halten an dem
151 Konzept der grünen Bürger*innenversicherung fest, um langfristig mehr Gerechtigkeit und
152 Solidarität in der Versorgung herzustellen.

153 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegelungen für Beamt*innen verändert, so
154 dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen wir
155 bundesweit umsetzen.

156 Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen

157 Berlin wird zur barrierefreien Stadt. Damit ermöglichen wir es behinderten und älteren
158 Menschen sowie Familien mit kleinen Kindern, die Stadt in ihrer ganzen Vielfalt zu nutzen
159 und mitzugestalten. Da ältere Menschen noch lange fit sind und aktiver Teil der Gesellschaft
160 bleiben wollen, wird die Zahl der Menschen, die auf eine Stadt ohne Hindernisse angewiesen
161 sind, immer größer. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in Verwaltungsgebäuden.
162 Deswegen machen wir uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten, längere
163 Ampelschaltungen, eine barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung von
164 Veranstaltungen in Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne
165 Behinderung, gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance
166 bekommen, Teil des ersten Arbeitsmarktes zu werden.

167 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege für Menschen
168 zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut, sorgen dafür,
169 dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben, und bauen Hürden im Alltag ab. Deshalb
170 wird die Politik für eine inklusive Stadtgesellschaft noch stärker als bisher unter
171 Beteiligung der Expert*innen in eigener Sache gestaltet. Dazu stärken wir die Rollen von
172 Landesbeirat und Landesbeauftragter für behinderte Menschen sowie der bei den
173 Senatsverwaltungen bestehenden Arbeitsgruppen. Darüber hinaus beziehen wir Organisationen
174 behinderter Menschen und Angehörigenvereine stärker in die Politik ein und unterstützen das
175 Berliner Behindertenparlament.

176 2.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial

177 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik eingeläutet,
178 um der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu gebieten. Unser
179 Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert umzubauen, indem wir den
180 Anteil von Wohnungen in der Hand nicht renditeorientierter Akteur*innen weiterhin konsequent
181 erhöhen. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ wollen wir mindestens 50 Prozent
182 aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte Hand bringen. Die Verpflichtung auf das
183 Gemeinwohl gilt für alle Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt. Fördern wollen wir aber
184 insbesondere diejenigen, die Wohnraum der Spekulation entziehen, bezahlbare Wohnungen für
185 alle gesellschaftlichen Schichten bereitstellen und bei Mietgestaltung und Belegung soziale
186 Kriterien anwenden. Dazu zählen die landeseigenen Wohnungsunternehmen, gemeinwohlorientierte
187 Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen, Stiftungen und Hausprojekte sowie
188 Privatvermietende, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das
189 Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten. Wir
190 schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr Wohnschicksal in die eigenen Hände
191 nehmen, wenn sie sich sozialen und ökologischen Kriterien verpflichtet fühlen. Dafür

192 brauchen wir auch weiterhin einen breiten Maßnahmenmix. Wir setzen uns auch auf Bundesebene
193 für die Einführung der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG) ein, um dauerhaft bezahlbaren
194 Wohnraum zu schaffen – und nicht nur für 20 oder 30 Jahre wie bisher. Dazu ist es auch
195 nötig, die Berliner Finanzierung von Sozialbindungen beim Wohnen deutlich aufzustocken. In
196 den vergangenen Jahren haben wir den Neubau bedarfsgerechter gefördert und stärker auf das
197 Gemeinwohl ausgerichtet. Es war richtig, gleichzeitig zu versuchen mit dem Mietendeckel Ruhe
198 in den überhitzten Markt des Mietwohnungsbestandes zu bringen und Mietpreise zu
199 stabilisieren. Damit haben wir versucht, politisch Einfluss auf die Entwicklung der Mieten
200 zu nehmen, dafür haben wir juristisches Neuland betreten. Nachdem dieser Versuch gescheitert
201 ist, werden wir nicht aufgeben, sondern weiter alles tun, um Wucher zu stoppen, trotz
202 teilweise heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren streiten wir weiter für einen
203 gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin. Dazu gehört für uns auch die
204 Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40 Prozent des CO₂ in der Stadt aus,
205 also sind energetische Modernisierung und die Bauwende eine zentrale Zukunftsaufgabe, um
206 Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verbinden soziale Gerechtigkeit und
207 Klimaschutz.

208 Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und ökologisch

209 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung Platz haben.
210 Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von Genossenschaften über
211 landeseigene Wohnungsunternehmen bis zu Baugruppen und auch kleinen privaten
212 Eigentümer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr niedrigpreisige Wohnungen. Bei fortdauernd
213 hohem Bevölkerungszuwachs streben wir den Bau von jährlich 20.000 überwiegend
214 sozialverträglichen Wohnungen an. Wir wollen vielfältige und lebendige Quartiere, gut
215 erschlossen für nachhaltige Mobilität, mit guten Schulen und Kitas, Handel und Gewerbe,
216 Spiel, Erholung und viel Grün. Das Bauen muss endlich klimaneutral werden. Neubauten im
217 Hochpreissegment sollen vermieden werden, weil das weite Teile der Bevölkerung ausschließt.
218 Wir setzen dabei auf intelligente Nachverdichtung und Geschosswohnungen statt auf
219 Eigenheimsiedlungen. Zur Förderung des gemeinwohlorientierten Neubaus wollen wir einen
220 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen
221 direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Förderung des sozialen
222 Wohnungsbaus ermöglicht. Wir wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten,
223 dass eine besonders hohe Förderung in dauerhaft sozialgebundene und möglichst CO₂-neutral
224 errichtete Wohnungen fließt. Gemeinschaftliche und sozial integrative Wohnformen wollen wir
225 ebenso fördern.

226 Wir wollen den großen Mangel an Sozialwohnungen zügig abbauen und dafür alle notwendigen
227 Maßnahmen ergreifen. Ein wichtiger Schlüssel dafür sind die landeseigenen Flächen und
228 landeseigene Wohnungsunternehmen. Dazu wollen wir über die bisherigen Quoten für den Anteil
229 geförderter Wohnungen dort, wo es an preiswertem Wohnraum mangelt, deutlich hinausgehen.
230 Zusätzlich erhöhen wir das zweite Fördersegment – für eine soziale Mischung in den
231 Quartieren. Die Genossenschaftsförderung – für Neubauten wie Bestandsankauf – wollen wir
232 deutlich erhöhen. Wir sorgen für faire Förderkonditionen und öffnen die Förderung auch für
233 Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat. Linke Freiräume und queer-feministische Hausprojekte
234 sind wichtige Schutzräume und emanzipatorische Orte, die wir erhalten wollen. Doch immer
235 mehr sind sie von Verdrängung bedroht. Wir stellen uns diesem Trend entgegen und werden
236 Lösungen suchen, damit sie bleiben können. Ist eine Räumung nicht zu verhindern, ist es die
237 Aufgabe des Landes Berlin, geeignete alternative Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.
238 Außerdem wollen wir die Förderung so ausbauen oder Bürgschaften anbieten, damit auch
239 Haushalte in Transferbezug Genossenschaftsanteile zeichnen können.

240 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Deshalb muss das,
241 was wir heute bauen, klimafreundlich sein. Wir setzen uns deshalb für KfW-40-Standard beim
242 Neubau und KfW-55-Standard im Bestand ein, damit Gebäude Energie möglichst effizient nutzen.
243 Wir wollen klimafreundliche Neubauten und Modernisierung mit ökologischen Dämm- und
244 Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Ziegel oder Baumaterial-Recycling. Schon heute
245 entsteht das größte Holzhochhaus Europas in Berlin. Diesen Weg müssen wir konsequent
246 weitergehen und wegkommen von Beton und Stahl. Denn diese Baustoffe sind klimaschädlich und
247 verbrauchen viel zu viele Ressourcen. Sie sollen nur noch dort zum Einsatz kommen, wo wir
248 wirklich darauf angewiesen sind. Die Forschung an Recyclingbeton wollen wir ausbauen. Bei
249 energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die
250 Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues, faires System
251 zu ersetzen. Die Kosten müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist,
252 muss auch die Umlage enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir
253 zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen.
254 Dabei dürfen nur noch energetisch sinnvolle und der Barrierefreiheit dienende Maßnahmen
255 umgelegt werden, die insgesamt zu höchstmöglicher Effizienz führen müssen. Durch eine
256 energetische Sanierung schützen Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien und
257 profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es, dass die höhere Kaltmiete durch
258 Energiekosteneinsparung aufgewogen wird, so dass die Warmmiete nicht steigt.
259 Einkommensschwache Mieter*innen werden zudem besonders berücksichtigt. Die öffentliche Hand
260 leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen wichtigen Beitrag, um Berlin auf den
261 1,5-Grad-Pfad zu bringen, und baut so die finanzielle Unterstützung zur energetischen
262 Sanierung erheblich aus. Gerade im Bausektor wollen wir die Kreislaufwirtschaft umsetzen und
263 modulares Bauen sowie flexible Grundrisse fördern.

264 Wir wollen Eigentümer*innen bei der Erstellung von Konzepten und Fahrplänen für eine
265 mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser neben der
266 Förderung auch eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die Bauinformationszentren
267 des Landes Berlin anbieten. Um die energetische Modernisierung auch unabhängig von
268 begrenzten Handlungs- und Finanzierungsspielräumen einzelner Eigentümer*innen
269 voranzubringen, setzen wir sowohl auf Einspar-Contracting als auch auf energetische Block-
270 und Quartierskonzepte. Klimaschutz gibt es nicht umsonst, daher wird der Staat – und damit
271 auch Berlin – hierfür, auch im Sinne des oben beschriebenen Drittelmodells und einer
272 sozialen Abfederung, deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen. (Zu Fragen der
273 Stadtentwicklung und des ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

274 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir
275 aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen
276 nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner
277 Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass auf privaten Flächen
278 mindestens 50 Prozent der Wohnungen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen
279 gebaut werden und dauerhaft sozialgebunden sind. Wir wollen auch alle weiteren Möglichkeiten
280 nutzen, um Baurecht an die dauerhafte Gemeinwohlbindung eines möglichst hohen Anteils des
281 Neubaus zu knüpfen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung der Neuen
282 Wohngemeinnützigkeit (NWG) ein. So können wir auch in Berlin dauerhaft gebundene bezahlbare
283 Wohnungen schaffen.

284 Den Wohnungsmarkt besser regulieren – bezahlbare Mieten sichern

285 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des Zweckentfremdungsverbot und
286 der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte gegangen, um
287 Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu
288 versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Dafür wollen wir die Wohnungsaufsicht

289 schlagkräftig machen und endlich mit der Bauaufsicht verbinden. Abrisse von Wohnraum sollten
290 konsequent untersagt, spekulativer Leerstand soll durch das Instrument der Treuhänder*in und
291 durch Beschlagnahmung abgestellt und wieder Wohnzwecken zugeführt werden. Darüber hinaus
292 prüfen wir die Schaffung eines Landesamtes für Wohnungswesen, um die Verwaltung bei der
293 Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu unterstützen. Um mehr Transparenz auf dem
294 Immobilienmarkt zu schaffen und um die Vollzugsdefizite beim Wohnraumschutz zu beseitigen,
295 bauen wir ein Berliner Miet- und Wohnungskataster auf. Damit werden alle Miethöhen, die
296 Ausstattung und energetische Qualität der Wohnungen sowie die Eigentumsverhältnisse digital
297 erfasst und transparent gemacht. Durch dieses Instrument können wir, auch nach dem Scheitern
298 des jetzigen Mietendeckels, Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt schneller feststellen
299 und den Schutz der Mieter*innen besser sichern. Wir fühlen uns dem Grundsatz verpflichtet,
300 dass Mieter*innen grundsätzlich nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für ihre
301 Miete ausgeben sollten. Dafür bedarf es aber endlich mutiger Reformen auf Bundesebene.
302 Sollten diese nicht kommen, werden wir auch im Anschluss an den aktuellen Mietendeckel alle
303 Maßnahmen ergreifen, um den Mietenanstieg in der Stadt auch zukünftig zu begrenzen. Wir
304 werden alle Möglichkeiten der Landeskompetenz für das Wohnungswesen nutzen, um eine soziale
305 Wohnraumversorgung zu gewährleisten. Ziel ist, in Berlin dauerhaft bezahlbare Mieten zu
306 sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass Gewerbemieten und Immobilienkaufpreise nicht
307 durch die Decke gehen. Auf Landesebene werden wir in der nächsten Wahlperiode versuchen,
308 einen Gewerbemietendeckel zu entwickeln.

309 Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sind zentral für die soziale Wohnraumversorgung in
310 Berlin und stehen besonders in der Pflicht, ausreichend Sozialwohnungen und bezahlbaren
311 Wohnraum für breite Schichten zur Verfügung zu stellen. Darum entwickeln wir das
312 Wohnraumversorgungsgesetz und die Kooperationsvereinbarung mit den landeseigenen
313 Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Die AöR „Wohnraumversorgung

314 Berlin“, die aus dem Berliner Mietenvolksentscheid hervorgegangen ist, wollen wir in die
315 Lage versetzen, die Vermietungspraxis stärker zu kontrollieren und eine Ombudsstelle als
316 unabhängige Mieter*innen-Beschwerdestelle einzurichten. Auch die Mieterräte sowie
317 Mieterbeiräte und selbstverwalteten Hausprojekte sollen in ihren Rechten gestärkt werden.
318 Wir sind der Überzeugung, dass landeseigene Wohnungsunternehmen als Anstalt öffentlichen
319 Rechts organisiert sein sollen. Beim landeseigenen Berlinovo-Konzern fordern wir eine
320 tiefgreifende Strukturreform, damit dessen Wohnungen wie die der landeseigenen
321 Wohnungsunternehmen bewirtschaftet und vermietet werden. Um Diskriminierungen auf dem
322 Wohnungsmarkt zu verhindern, wollen wir die Landeseigenen Wohnungsunternehmen in die Pflicht
323 nehmen und Mitarbeiter*innen schulen. Um die Mieter*innen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu
324 unterstützen, haben wir in jedem Bezirk kostenfreie Mieter*innenberatungsstellen
325 eingerichtet bzw. ausgebaut. Das wollen wir fortsetzen. Um mieten- und stadtpolitische
326 Initiativen zu unterstützen und um der Mieter*innenbewegung größeres Gehör in der
327 Landespolitik zu verschaffen, haben wir die Gründung des „Initiativenforums Stadtpolitik“
328 mit vorangetrieben, das wir ausbauen wollen.

329 Bei den ca. 90.000 Wohnungen des „alten“ sozialen Wohnungsbaus senken wir die künstlich
330 überhöhten Kostenmieten, indem wir diese um fiktive Kosten „Entschuldungsgewinne“ sowie
331 sonstige dubiose Extra-Renditen bereinigen. Hierfür unverzichtbar ist auch eine wirksame
332 Kontrolle bei der Mietberechnung.

333 Eigentum verpflichtet. Wir wollen mit einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob neue finanzielle
334 Instrumente – wie beispielsweise die Weiterentwicklung der Grundsteuer in Richtung einer
335 Bodenwertsteuer mit Bezugnahme auf Bodennutzung und Flächenversiegelung – die Erreichung
336 unserer bodenpolitischen Ziele unterstützen können. Dabei setzen wir uns auf Bundesebene
337 weiterhin für ein Verbot der Abwälzung von Grundsteuern auf Mieter*innen ein.

338 Die Grunderwerbsteuer wollen wir progressiv ausgestalten: Wenn Wohnungskonzerne große
339 Immobilienbestände aufkaufen, soll eine höhere Grunderwerbsteuer fällig werden, als wenn
340 Privatpersonen ein Wohneigentum erwerben. Wir wollen das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit
341 dem die Grunderwerbsteuer umgangen wird, schließen.

342 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne Eigentumswohnungen ist ein
343 wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Hinzu kommen Eigenbedarfskündigungen, gegen
344 die sich betroffene Mieter*innen kaum wehren können. Wir wollen, dass der Bund den Ländern
345 durch die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miet- in
346 Eigentumswohnungen stadtweit und konsequent zu unterbinden und die Bildung von Wohneigentum
347 im Geschosswohnungsbau auf Neubauinvestitionen zu begrenzen. Zudem werden wir weitere
348 landespolitische Maßnahmen zum Schutz vor Eigenbedarfskündigungen prüfen.

349 Die Stadt zurückerwerben

350 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung wiederbelebt: Durch das
351 Vorkaufsrecht verpflichten wir in den Milieuschutzgebieten potentielle Käufer*innen mit
352 Abwendungsvereinbarungen dazu, soziale Bindungen für mindestens 20 Jahre einzugehen, oder
353 veranlassen den Aufkauf der fraglichen Wohngebäude durch landeseigene Wohnungsunternehmen
354 oder Genossenschaften. Seit 2016 haben wir die Zahl der Milieuschutzgebiete mehr als
355 verdoppelt. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Auch den gezielten Ankauf bzw. die
356 Rekommunalisierung von Sozialwohnungen treiben wir weiter voran. Mit Genossenschaften,
357 Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
358 Kooperationsvereinbarung schließen. Hierzu prüfen wir eine Ankaufagentur, die gezielte An-
359 und Vorkäufe strategisch koordiniert und alle relevanten Akteure vernetzt. Um die
360 Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu fördern,
361 eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf
362 Bundesebene darauf, einen rechtlich bindenden Gewerbemietpiegel und einen wirksamen
363 Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemiet*innen
364 einführen, um lokales und kleinteiliges Gewerbe zu erhalten. Die landeseigenen
365 Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig anbieten, um vor Ort den
366 Gewerbetreibenden Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen sind.

367
368 Wir nehmen das Votum bei der Abstimmung über den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & und Co.
369 enteignen“ sehr ernst und arbeiten weiter an der Umsetzung. 59,1 Prozent der Berliner
370 Wähler*innen haben den Volksentscheid unterstützt. Dem im Grundgesetz festgeschriebenen
371 Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ muss auch im Bereich Wohnen und Boden Geltung verschafft
372 werden. Für uns bleibt zentral, dass die Mieter*innen geschützt, Spekulationen Einhalt
373 geboten und der gemeinwohlorientierte Wohnungsbestand erhöht wird.

374
375 Die rot-grün-rote Koalition hat im Frühjahr 2022 eine Expert*innenkommission eingesetzt, die
376 innerhalb eines Jahres das „Ob“, aber vor allem auch das „Wie“ eines Gesetzes prüfen und
377 Vorschläge erarbeiten soll. Wir erwarten von der Kommission, dass sie Eckpunkte eines
378 Gesetzes vorlegt, die einen verfassungsrechtlich sicheren Weg aufzeigen, aber auch, dass sie
379 finanzrechtliche und immobilienwirtschaftliche Fragen klärt. Wir wünschen uns zudem, dass
380 sie hinsichtlich der Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit neben quantitativen auch
381 qualitative Kriterien prüft. Da der Artikel 15 im Grundgesetz noch nie praktisch angewandt
382 wurde, ist es umso wichtiger, eine verfassungskonforme Ausgestaltung des Gesetzes zeitnah zu
383 erarbeiten.

384
385 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und
386 agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die
387 Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen

388 zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung
389 nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, die
390 angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt mit diesem Schritt entschärfen. Das Bündnis für
391 Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen hat bisher zu keiner nachhaltigen Entlastung auf dem
392 Wohnungsmarkt geführt.

393 Aktive, transparente und faire Bodenpolitik

394 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten Umgang mit
395 öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein transparentes
396 Flächenmanagement mithilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen Boden
397 soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine Erbbaurechtsstrategie
398 implementieren, die zügige Konzeptverfahren zu sozialverträglichen Konditionen ermöglicht.
399 Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen wir in einem
400 Bodensicherungsgesetz festschreiben. Wir wollen eine Koordinierungsstelle im Sinne einer
401 „Taskforce“ einrichten, die für bedrohte soziokulturelle Projekte und Nutzungen Lösungen
402 finden soll. Außerdem wollen wir den zivilgesellschaftlich organisierten Runden Tisch
403 Liegenschaftspolitik in seinen Kompetenzen weiter stärken.

404 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat,
405 wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft
406 „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Zur Baulandmobilisierung in den im
407 Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen) vorgesehenen Quartiersschwerpunkten soll Berlin
408 möglichst viele Grundstücke erwerben. Dafür sollen auch Vorkaufsrechte und das Instrument
409 der Entwicklungsmaßnahme aktiv eingesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir die Gründung
410 einer genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen und die bürger*innenschaftliche und
411 gemeinnützige Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land Trusts stärken. Ein
412 zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts sind
413 die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie berechnet.
414 Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen. Wir
415 wollen, dass der nachhaltige Ertrag herangezogen wird, um den Wert einer Immobilie zu
416 bestimmen, und nicht die höchstmögliche Verwertung. Wir wollen alles tun, um Zwangsräumungen
417 zu verhindern und ihre Zahl in Berlin drastisch zu senken. Die landeseigenen
418 Wohnungsunternehmen gehen hier meist mit gutem Beispiel voran und sind verpflichtet,
419 adäquaten Ersatzwohnraum anzubieten. Dieses Ziel verfolgen wir auch für den freien
420 Wohnungsmarkt und setzen uns auf der Bundesebene für eine entsprechende Regelung ein. Mit
421 dem Härtefallfond haben wir dafür gesorgt, dass niemand unverschuldet von Strom- und
422 Gassperren betroffen wird und es zu keinen kalten Zwangsräumungen in Berlin kommen wird.
423 Eventuelle Lücken des Bundes, die Gas- oder Strompreisdeckel lassen, werden wir in Berlin
424 schließen.

425 2.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven schaffen

426
427 Fast jede*r fünfte Berliner*in ist armutsgefährdet. Die aktuelle Inflation und die
428 Energiekrise verschärfen diese Situation. Besonders betroffen sind Frauen, ältere Menschen,
429 Alleinerziehende, Familien mit vielen Kindern, migrantisierte Menschen, Eingewanderte und
430 Geflüchtete, Kinder und Jugendliche, erwerbslose Menschen, oder Menschen mit geringen
431 Einkommen. Wir wollen allen von Armut bedrohten Menschen soziale Sicherheit garantieren und
432 ihnen eine Perspektive geben.

433
434 Vor allem braucht es weiterhin schnelle und möglichst unbürokratische Hilfen. Seit Beginn
435 des Krieges gegen die Ukraine setzen wir uns für zielgenaue und gerechte Entlastungen ein
436 und intensivieren sie in diesem Winter. Schon jetzt konnten Bündnisgrüne in Verantwortung

437 dafür sorgen, dass spezifische Hilfen für Familien, Studierende und Rentner*innen geleistet,
438 sowie Strom- und Gaspreise gedämpft werden, Heizkostenzuschüsse fließen, das Wohngeld steigt
439 und das neue Bürgergeld kommt. In Berlin verstärken wir durch den letzten Nachtragshaushalt
440 die Wirkung der Bundeshilfen für alle Berliner*innen, die Wirtschaft der Stadt und unsere
441 gemeinsame Infrastruktur mit dem 29 und 9 Euro Ticket, einem Mietenstopp bei den
442 landeseigenen Wohnungsunternehmen, sowie erweiterten Wirtschafts- und Energiehilfen.

443
444 Gemeinsam mit unserer Bundespartei werden wir darauf hinwirken, dass die Entlastungen noch
445 deutlich stärker als bisher vor allem bei denen ankommen, die sie am dringendsten benötigen.
446 Das heißt für uns: Garantiesicherungen in allen Lebenslagen, eine Kindergrundsicherung, eine
447 Garantierente und ein soziales Bürgergeld. Wir folgen auch den Empfehlungen des
448 Jahresberichts der Wirtschaftsweisen und setzen uns dafür ein, dass wirtschaftlich starke
449 Schultern mehr Verantwortung tragen müssen.

450
451 Bei der Umsetzung der bisherigen Vorgaben haben wir in Berlin bereits neue Weichen gestellt.
452 Die Übernahme von Kosten der Unterkunft für SGB II und XII Bezieher*innen haben wir an die
453 steigenden Mieten und Energiekosten angepasst. Zehntausende Mieter*innen können so wieder
454 ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben.

455
456 Und um Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 13 Euro
457 angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende festgelegt. In all
458 diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

459
460 Unsere Antwort auf Putins Angriff auf die Ukraine und die Demokratie lautet: Mehr
461 Solidarität. Unsere Solidarität ist dabei krisenfest und unverbrüchlich. Allen Versuchen,
462 unterschiedliche von Armut betroffene Gruppen gegeneinander auszuspielen, erteilen wir eine
463 klare Absage.

464

465 Energiearmut nachhaltig bekämpfen

466

467 Jährlich bekommen 191.000 Berliner*innen eine Sperrandrohung für nicht bezahlte Strom- oder
468 Gasrechnungen. 14.000 Berliner*innen wurde im letzten Jahr die Energiezufuhr für den
469 Haushalt unterbrochen. Durch die steigenden Energiepreise droht sich diese Zahl weiter zu
470 erhöhen. Gleichsam betroffen sind auch soziale Träger, die ebenfalls unter den hohen
471 Energiekosten leiden. Auf der Bundesebene sorgen wir mit der Strom- und Gaspreisbremse für
472 spürbare Entlastungen, in Berlin schaffen wir mit dem Härtefallfonds sowie den Ausbau
473 frühzeitiger präventiver Hilfen Instrumente, um Energiearmut zu verhindern. Wir wollen eine
474 behördliche Genehmigungspflicht für Energiesperren einführen und setzen uns hierzu auf
475 Bundesebene dafür ein. Außerdem sollen bei Personen, bei denen eine Energiesperre zu einem
476 erheblichen sozialen Härtefall führen würde, nicht mehr vollzogen werden dürfen. Ebenso
477 setzen wir uns auf der Bundesebene dafür ein, dass Energieversorger für soziale
478 Organisationen eigene Energietarife einrichten müssen. Schließlich wollen wir das
479 Landesprogramm „Stromsparmcheck“ mittelfristig in ein eigenes Landesprogramm überführen und
480 die Energiesparhelfer*innen fest anstellen und hierzu ein eigenes Berufsbild entwickeln.
481 Energieeinsparungen bleiben das beste Mittel gleichzeitig Geld zu sparen und die Umwelt zu
482 schützen. Die Berliner*innen wollen wir durch gute Beratungsangebote dabei bestmöglich
483 unterstützen.

484

485 Familien- und Kinderarmut bekämpfen

486

487 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur

488 um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind.
489 Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, finanziell oder durch strukturelle
490 Diskriminierung benachteiligt sind.

491
492 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von kostenfreier Kita- und
493 Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulesen in der Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-
494 Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und bedrohte
495 Familien. Um diesen Familien nachhaltig zu helfen, arbeitet unsere Bundesfamilienministerin
496 Lisa Paus an weiteren Entlastungen auf Bundesebene. Die ungerechte Dreiklassenförderung von
497 Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir mit einer Kindergrundsicherung
498 völlig neu und gerecht gestalten.

499
500 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu
501 erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission
502 zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des
503 Familienbeirates oder dem Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege
504 (LIGA) sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die Umsetzung. Wir wollen einen
505 zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen, von den Tafeln über die
506 Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk soll so leistungsstark
507 werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da ein abgestimmtes
508 Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches Ausbügeln ist das Ziel.
509 Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in den vergangenen Jahren
510 begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die Stadtteilmütter sind
511 raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in den Bezirken
512 gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die Geburt eines
513 Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Babylots*innen auf alle Geburtsstationen in
514 Berlin auszuweiten und die psychosoziale Unterstützung zu verstärken. Diesen Weg wollen wir
515 fortsetzen.

516
517 Familien in schwierigen Situationen wie Alleinerziehende und einkommenschwächere Familien
518 brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in den vergangenen
519 Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt. Dies wollen wir
520 nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort sollen die
521 Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit zu
522 finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu
523 gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die wir
524 etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die
525 Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und
526 unbürokratisch beraten können.

527
528 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders
529 intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet,
530 getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen
531 in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken
532 wiederholen wollen.

533
534 Daneben wollen wir die soziale Teilhabe der von Armut betroffenen Berliner Familien
535 verbessern. Dazu werden wir den Kreis der Berlinpass-Berechtigten ausweiten. Den Familien
536 stehen mit dem Berlinpass zahlreiche Vergünstigungen bei über 360 Einrichtungen zur
537 Verfügung. Jedoch ist die Suche nach gewünschten Angeboten zu unübersichtlich, erfordert das
538 Recherchieren auf vielen Webseiten und kostet je nach Einrichtung unterschiedlich viel Geld.

539 Um hier einen besseren Überblick für Berlinpass-Inhaber*innen zu schaffen wollen wir eine
540 digitale Lösung einrichten, die aktuelle Angebote auflistet, sodass gezielt und
541 benutzerfreundlich nach Einrichtungen für unterschiedliche Bedarfe gesucht werden kann.
542 Außerdem wollen wir weitere Vergünstigungen für armutsbetroffene Familien und schlagen
543 analog zum kostenlosen Museumssonntag kostenfreie Tage für weitere Angebote vor.

544
545 Auch Altersarmut muss mit zielgenauen Angeboten verringert werden. Wir wollen
546 niedrigschwellige Beratungsangebote ausbauen, damit mehr Senior*innen die ihnen zustehenden
547 Sozialleistungen ohne Scham und Stigmatisierung in Anspruch nehmen. Dazu wollen wir die
548 Sozialberatung in den Stadtteilzentren und in den Senior*innenfreizeitstätten weiter
549 ausbauen sowie das Programm „Berliner Hausbesuche“ verstetigen und auf alle Berliner Bezirke
550 ausweiten.

551
552 Die steigenden Pflegekosten treiben zusätzlich viele Berliner*innen in Altersarmut. Seit
553 September 2022 müssen Menschen, die ambulant pflegebedürftig sind, einen höheren Eigenanteil
554 bezahlen. Der höhere Eigenanteil in der ambulanten Pflege ist von älteren Menschen mit
555 geringem Alterseinkommen kaum noch zu bezahlen, sodass diese bzw. ihre Angehörigen in die
556 Armut durch die Pflegekosten rutschen. Leistungen der Pflegeversicherung müssen dynamisiert
557 werden; abhängig von der Dauer der Pflege setzen wir uns auf Bundesebene für einen sinkenden
558 Eigenanteil sowie ein Pflegegeld für pflegende Angehörige ein.

559
560 Die Zahl überschuldeter Berliner*innen wird angesichts der Inflation wieder ansteigen. Wir
561 setzen uns für einen Ausbau der bezirklichen Schuldnerberatungen ein. Um Überschuldung
562 nachhaltig zu verringern, braucht es mehr Prävention. Hierzu wollen wir gemeinsam mit der
563 Landesarbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatungen geeignete Angebote etablieren.

564
565 Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren

566
567 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen so zu
568 ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren gehen. Es
569 liegt an der Politik, Sozialämtern, Jobcentern und Gesundheitsämtern und den dort
570 Beschäftigten die Werkzeuge und Arbeitsbedingungen an die Hand zu geben, Betroffenen
571 passgenau zu helfen. Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung,
572 Schuldner- und Suchtberatung oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand
573 gehen, innovative Ansätze aus einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen
574 werden. Auch Altersarmut braucht Beachtung und zielgenaue Angebote. Die Rädchen müssen vor
575 Ort ineinandergreifen. Damit Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen.
576 Dafür müssen die besten Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die
577 ganze Stadt werden. In den Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden
578 Einzelfall gearbeitet. In Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In
579 Mitte war ein Projekt zur Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In
580 Neukölln haben wir ein Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege
581 aus der Krise zu zeigen.

582
583 Orientierung am Sozialraum der Menschen

584
585 Die Arbeit der Ämter und der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen in
586 ihrem Lebensumfeld organisieren – nicht entlang bürokratischer und finanzieller Logiken.
587 Denn niedrigschwellige und umfassende Unterstützung und Mitbestimmung dort, wo man lebt,
588 baut Hürden für alle Berliner*innen ab. In diesem Sinne bedeutet Sozialraumorientierung das
589 konsequente Umsteuern auf Prävention. Jugendhilfe funktioniert dort besonders gut, wo

590 sozialraumorientiert und damit präventiv gearbeitet wird. Andernorts explodieren die
591 Fallkosten. Über das Familienfördergesetz wollen wir Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen
592 Familien, Senior*innen und Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen
593 „Frühe Hilfen“, die Stadtteilmütter, Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportvereine, die
594 Jobcenter oder die Schuldnerberatung eng miteinander kooperieren. Die sogenannten „67er-
595 Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten,
596 wollen wir in den Bezirken einheitlich anwenden.

597
598 Wir wollen in den bestehenden lebensweltlich orientierten Räumen für alle Bereiche
599 datenbasiert genau die Angebote schaffen, die benötigt werden, um die Sozialeinrichtungen,
600 die Ämter und deren Angebote zu vernetzen und passgenau aufzustellen. Dazu wollen wir die
601 Fachstruktur der Sozialraumorientierung in den Bezirken vereinheitlichen und mit einer
602 Lenkung auf Senatsebene flankieren. Die Qualitätssicherung soll systematisiert und in ganz
603 Berlin strukturiert werden, um Flexibilität und hohe Qualität zu verbinden.

604
605 **Armut- und Sozialberichterstattung neu ordnen**

606
607 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-, Sozial- und
608 Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes Berichtswesen zu einer
609 Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die
610 Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles
611 mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen.
612 So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die
613 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage von
614 Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar 2020 war ein
615 wichtiger Schritt. Wir setzen uns für ihre Fortsetzung ein, um Angebote noch gezielter
616 ausbauen zu können. Dafür wollen wir stark mit Betroffenen-Organisationen und Trägern
617 zusammenarbeiten.

618
619 **Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis zum Jahre 2030 überwinden**

620
621 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit führt und genauso
622 erfordert es ein Bündel an Maßnahmen, das aus der Obdachlosigkeit heraus führt. Um die
623 nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen geschützten
624 Raum, ein Dach über dem Kopf. Wir machen uns das Ziel des Europäischen Parlaments zu eigen,
625 die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden. Ein zentraler Baustein auf diesem Weg ist für uns
626 der „Housing First“ Ansatz. Obdachlose Menschen werden direkt in Wohnungen mit dauerhaftem
627 Mietvertrag vermittelt und auf ihrem weiteren Weg begleitet. Dieser Ansatz stellt einen
628 Paradigmenwechsel zum bisherigen paternalistischen Betreuungsangebot dar. Das sehr
629 erfolgreiche Modellprojekt haben wir weiter ausgebaut und wollen es nun verstetigen.
630 Gleichzeitig wollen wir die wichtigen Unterstützungsangebote nach §67 SGB XII mit den
631 Erfahrungen des Housing First weiterentwickeln, in ihren Leistungstypen flexibilisieren und
632 in den Bezirken vereinheitlichen. Wir machen uns auch stark für die Sicherung und Schaffung
633 neuer Krisenhäuser. Sozialen Trägern und kleinen gemeinwohlorientierten Projekten, die für
634 die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll es möglich sein, Bürgschaften auch über
635 die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte Generalmietermodell der Degewo mit
636 sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle landeseigenen Wohnungsunternehmen
637 etablieren wollen. Wir setzen uns für ausreichend Wohnungen bei landeseigenen
638 Wohnungsunternehmen ein, werden sie deutlich ausbauen und wollen auch private
639 Eigentümer*innen in die Pflicht nehmen, Housing-First-Plätze durch mehr Wohnungen im
640 geschützten Marktsegment zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders verletzte

641 Gruppen wie Frauen, LGBTQ*, Sexarbeiter*innen, Menschen mit erschwertem Zugang zu eigenem
642 Wohnraum, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt.

643
644 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von Menschen, wenn sie keine Ansprüche auf
645 Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse für
646 Unionsbürger*innen abzuschaffen. In Berlin werden wir auch Angebote für Menschen vorhalten,
647 die keinen oder einen ungeklärten Sozialleistungsanspruch haben.

648
649 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den
650 vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze
651 ganzjährig zur Verfügung stehen. Daneben brauchen wir eine neue Unterkunft für wohnungslose
652 Familien, da die Zahl obdachloser Familien in Berlin zunimmt. In der kalten Jahreszeit
653 sollen im Rahmen der Kältehilfe deutlich über 1.000 ganztägige Plätze vorgehalten werden,
654 von denen ein Anteil für besonders schutzbedürftige Menschen reserviert wird. Die Sicherheit
655 in den Unterkünften muss gewährleistet sein. Mit der Schaffung barrierefreier Notunterkünfte
656 reagieren wir auf die große Zahl obdachloser Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und
657 haben hierzu ein neues Modellprojekt für rollstuhlfahrende Obdachlose im Haushalt verankert.
658 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Plätze stets Beratungsangeboten vorhalten: Jede
659 Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit
660 bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen. Außerdem sollen weitere Angebote geschaffen werden,
661 die es Sucht- als auch psychisch Erkrankten ermöglichen, diese Angebote auch anzunehmen. Wir
662 wollen keine gewaltsame Räumungen von Obdachlosencamps und ermöglichen mit dem Konzept
663 „Safe

664 Places“ auch in Berlin Schutzräume. Wir setzen uns dafür ein, dass das Fahren ohne
665 Fahrschein keine Straftat mehr darstellt und Bußgelder somit nicht zu Ersatzstrafen führen
666 können. Obdachlose Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit im öffentlichen Raum.
667 Wir wollen, dass sie dort im Winter wie auch im Sommer Schutz finden und beispielsweise
668 durch Trinkwasserbrunnen mit kostenlosem Wasser versorgt werden. Dazu wollen wir das
669 Modellprojekt „Hitzeschutz für Obdachlose“ aus Tempelhof-Schöneberg auf die ganze Stadt
670 ausweiten im Rahmen der Weiterentwicklung der Kältehilfe.

671 Ein neues Landesamt für Unterbringung

672
673 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
674 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
675 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
676 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
677 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Die letzten
678 Monate haben wir uns erneut hart vor Augen geführt, wie wichtig eine gut organisierte
679 Unterbringung zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ist. Unser Dank gilt daher auch allen
680 Mitarbeiter*innen des LAF. Diese Einsatzbereitschaft und Kompetenz wollen wir für alle
681 Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem neuen „Landesamt für
682 Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine schnelle, dezentrale
683 Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene darauf hin, dass
684 geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden in Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.
685 Zudem werden wir prüfen, wie geflüchteten Menschen unbürokratisch ein
686 Wohnberechtigungsschein ausgestellt werden kann. Mit der geplanten Gesamtstädtischen
687 Steuerung der Unterbringung (GStU) schaffen wir auch für die Unterbringung nach dem
688 Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) einheitliche Standards und stellen damit
689 die Qualität von Unterbringung und Beratung sicher.

690 2.3 Gesundheit ganzheitlich denken

691 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge – hiervon sind wir seit jeher
692 überzeugt. Während der Corona-Pandemie ist die Bedeutung dieses Grundsatzes mit besonderer
693 Wucht zu Tage getreten. Dabei heißt Vorsorge zu treffen oftmals auch in gute Strukturen zu
694 investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf
695 dabei nicht der Profitmaximierung untergeordnet werden, sondern muss sich am Wohl der
696 Menschen orientieren. Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder um
697 individuelles Gesundheitsverhalten. Es geht auch um gesunde Lebensbedingungen, um
698 körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

699 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in der Corona-
700 Pandemie war dies eine Herausforderung. Die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zum
701 Infektionsschutz – wie das Gebot zum Maskentragen und die zeitweise Einschränkung des
702 öffentlichen Lebens – war für die akute Bekämpfung der Pandemie erforderlich und hat
703 wichtige Erkenntnisse für eine womöglich nächste epidemische Lage geliefert. Zugleich kommt
704 es gerade in einer solchen Ausnahmesituation auch auf die Bereitstellung einer ausreichend
705 verfügbaren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsinfrastruktur an. Wir haben daher
706 Kapazitäten aufgestockt, Personal in den Gesundheitsämtern aufgebaut und als Notfallreserve
707 ein Corona-Behandlungszentrum geschaffen. Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben
708 wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die Investitionen in die Krankenhäuser haben wir
709 auf den Bundesschnitt angehoben und werden unseren Beitrag sukzessive weiter erhöhen.
710 Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass Babylots*innen auf allen Geburtsstationen der
711 Berliner Krankenhäuser Eltern beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen
712 im Krankenhaus besser und gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf
713 regionale, saisonale und nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine.
714 Die Qualität des Essens in den Krankenhäusern sollte mehr Beachtung finden und eine
715 individuelle Ernährungsberatung bei Bedarf als nachhaltiges Instrument ergänzend etabliert
716 werden. Hierfür werden wir gezielt mit der Kantine Zukunft zusammenarbeiten und als weiteres
717 Ziel wollen wir auch in der ambulanten und stationären Pflege die Essensversorgung
718 verbessern. Wir haben erreicht, dass alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen
719 Versorgung erhalten. Wir unterstützen Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu
720 versichern. Durch unseren Einsatz können sich endlich auch Menschen ohne gültigen
721 Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das
722 einzige Bundesland, in dem der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich
723 ist. Wir haben die Finanzierung der Clearing-Stelle durch das Land Berlin gesichert und den
724 Fonds, der die Behandlung von nicht versicherten Menschen ermöglicht, ausbauen. Der neue und
725 bislang einzigartige Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter einem Dach niedrigschwellig
726 Beratung, Prävention (unter anderem HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle
727 Gesundheit, insbesondere zu HIV/Aids. Wir kämpfen für ein inklusives Gesundheitssystem, das
728 allen Menschen barriere- und diskriminierungsfrei zugänglich ist. Insbesondere vulnerable
729 Gruppen, darunter Menschen mit Behinderung oder trans Menschen, müssen einen besseren Zugang
730 zur umfassenden und bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung bekommen.

731 Den Öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen

732 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist der
733 Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), in den über Jahrzehnte zu wenig investiert wurde. In
734 der Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Den Pakt
735 zur Stärkung des ÖGD werden wir nutzen und die Mittel dafür einsetzen, Personal und
736 Ausstattung zu verbessern. So werden wir Schritte in Richtung Mustergesundheitsamt gehen.
737 Wir werden die Berufsgruppe der Pflege bei Entscheidungen mehr einbeziehen und auch in
738 Krisenstäben mit an den Tisch holen. Wir brauchen einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit
739 den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte
740 Vernetzung voranzutreiben. Wir wollen alle Berufsgruppen, die im ÖGD arbeiten, attraktiver

741 machen und setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, dass Famulaturen im Medizinstudium
742 sowie das Praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern absolviert werden können. Der ÖGD
743 soll die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln und sich stärker
744 forschungsorientiert auszurichten. Dabei fördern wir systematisch eine interdisziplinäre
745 Herangehensweise, bei der auch Berufsgruppen wie Gesundheitswissenschaftler*innen/Public-
746 Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen oder Pflegewissenschaftler*innen in den ÖGD
747 einbezogen werden. Mit neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen
748 Aufgaben zu erledigen. Um vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen,
749 dass der ÖGD die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und im Rahmen seiner
750 Aufgabenwahrnehmung verstärkt diversitätssensible Konzepte und professionelle Sprachmittlung
751 anwendet. Auch das Gesundheitssystem wird seine Verantwortung in der Klimakrise übernehmen.
752 Die landeseigenen Krankenhäuser haben bereits Schritte zur Verringerung des Verbrauchs an
753 Energie und anderen Ressourcen unternommen, brauchen aber unsere weitere Unterstützung, um
754 ihren ökologischen Fußabdruck rascher zu verkleinern. Neben baulichen Veränderungen geht es
755 hier unter anderem auch um fossilfreie Wärme- und Kältesysteme, Gebäude-Wärme-Sanierung,
756 aber auch klimaschädliche Verbrauchsmaterialien wie bestimmte Narkosegase oder
757 klimaschädliche Treibgase in Inhalationsaerosolen.

758 Die Corona-Pandemie hat uns die Gefahr von Infektionskrankheiten nochmal vor Augen geführt.
759 Wir wollen deshalb den Berliner Pandemieplan überarbeiten, mehr Vorsorge treffen und durch
760 verbesserte Erinnerungssysteme die Impfquoten bei bekannten Infektionskrankheiten erhöhen.

761 Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur investieren

762 Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen, die Mitarbeiter*innen im
763 Öffentlichen Gesundheitsdienst, Apotheker*innen, PTA oder PKA – es gibt viele Berufsgruppen,
764 die für gute gesundheitliche Versorgung wichtig sind. Viele davon sind Mangelberufe und ihre
765 Ausbildung muss unterstützt und gefördert werden. Wir wollen die noch nicht organisierten
766 Gesundheits- und Pflegeberufe bei ihren jeweiligen Professionalisierungsprozessen
767 unterstützen, wenn möglich und gewollt auch in Berufskammern. Damit auch zukünftig genügend
768 Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung steht, werden wir die Arbeitsbedingungen
769 verbessern, zum Beispiel mit festen Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden.
770 Auch hier stehen wir für eine 35-Stunden-Woche ein. Auch die Ausbildung muss attraktiver
771 werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und Studiengänge auch in Teilzeit zu
772 absolvieren. Auch im Gesundheitswesen kommt es immer wieder zu diskriminierenden Vorfällen
773 und sexualisierten Übergriffen. Deswegen wollen wir Anlaufstellen für betroffene
774 Patient*innen und Personal ausbauen und medizinische Einrichtungen dabei unterstützen,
775 verbindliche Strategien gegen strukturelle Diskriminierungen, Sexismus und für eine
776 diversitätssensible Gesundheitsversorgung zu entwickeln.

777 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt hoher
778 Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um den Status
779 quo zu halten und eine Verlagerung auf die Betriebskosten zu vermeiden, sondern auch, um
780 Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung voranzubringen.
781 Finanziellen Druck zur Ausgründung von Tochterfirmen ohne Tarifbindung gilt es zu vermeiden.
782 Bei der Krankenhausplanung legen wir einen Fokus auf Versorgungsqualität und aufeinander
783 abgestimmte Strukturen, auch sektorenübergreifend. Nicht zuletzt in der Notfallversorgung
784 fördern wir eine enge Zusammenarbeit von Rettungsdienst, kassenärztlichem
785 Bereitschaftsdienst und Notaufnahmen der Krankenhäuser.

786 Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen

787 In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel zu
788 selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen

789 zusammengebracht und gleichzeitig die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen und ihre
790 spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez
791 macht es anders: Hier arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit
792 den Menschen im Kiez für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein.
793 Behandlungen erfolgen disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die
794 Bedürfnisse der Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das
795 Projekt regelmäßiger Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKo mehr integrierte,
796 lokale, interprofessionelle und mehrsprachige Gesundheitszentren schaffen.

797 Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken – Prävention ein Leben lang

798 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen
799 Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, die Bildungschancen und die soziale Lage eine
800 wesentliche Rolle. Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen
801 Politikfeldern zu verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der WHO, denn
802 Gesundheit entsteht weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort,
803 wo Menschen leben, arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und wo sie ihre Freizeit
804 verbringen. Daher ist Klimaschutz auch Gesundheitsschutz – denn Luftverschmutzung und Lärm
805 machen krank. Mit der Verkehrswende schützen wir die Gesundheit derer, die bisher an lauten
806 und stickigen Straßen leben müssen. Durch sichere Fuß- und Radwege lässt sich körperliche
807 Bewegung gut in den Alltag integrieren. Mehr Grünflächen im öffentlichen Raum erleichtern
808 sportliche Aktivitäten im Kiez. Der einfachere Zugang zu regionalen Bio-Lebensmitteln stellt
809 eine Grundlage für eine gesunde Ernährung und somit für den Klimaschutz dar. Wir wollen
810 daher künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre Auswirkungen auf die
811 Gesundheit prüfen. Gesundheit ist eine wichtige Ressource, die gepflegt werden möchte. Aus
812 diesem Grund sehen wir die Förderung von Gesundheit und die Prävention von Erkrankungen in
813 Berlin als wichtige Bausteine einer nachhaltigen Gesundheitspolitik für alle Bürger*innen,
814 egal in welcher Lebensphase oder welchem Lebensalter. Die Möglichkeiten, die das
815 Präventionsgesetz bietet, sollen sich auch am Sozialraum unter Mitsprache der Expert*innen
816 vor Ort – im Kiez, in den Bezirken und dem Land – orientieren und dort wo notwendig durch
817 weitere Maßnahmen flankiert werden.

818 HIV/Aids besiegen

819 Berlin hat das Ziel der Vereinten Nationen übernommen, bis 2030 die Zahl der HIV-
820 Neuinfektionen auf null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen in der
821 Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen. Unser Ziel
822 für die kommenden Jahre lautet „95-95-95-0“:

823 Mindestens 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen von ihrer Infektion wissen, mindestens 95
824 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und mindestens 95 Prozent der Behandelten „unter
825 der Nachweisgrenze“ sein und 0 Prozent sollen aufgrund ihrer Infektion Diskriminierung
826 erfahren. Um das zu erreichen, wollen wir die Beratungs- und Versorgungsstrukturen weiter
827 verstärken, die bestehenden Präventionsangebote und -kampagnen zielgruppenorientiert
828 ausbauen, allen Berliner*innen unabhängig vom Geldbeutel Zugang zu Tests und Versorgung
829 ermöglichen und Aufklärungskampagnen durchführen.

830 Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für alle

831 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten. Hebammen und
832 Geburtshelfer*innen begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Menschen sowohl während
833 der Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen. Dass
834 Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist
835 ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen aber allen weiterhin eine selbstbestimmte und sichere

836 Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die
837 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, es auch in ein Studium an der Charité und
838 der Evangelischen Hochschule zu überführen, Hebammen mit Service-Parkausweisen im Alltag zu
839 unterstützen und mit einer digitalen Plattform die Suche nach Hebammen zu erleichtern.
840 Zusätzlich haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen
841 für Hebammen verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene
842 setzen wir uns dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge
843 übernommen werden und es dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern
844 gibt.

845 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir
846 die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie allen – egal, ob sie
847 alleinstehend oder verpartnert sind – von der Krankenkasse finanziert wird. Dies sollte um
848 entsprechende Beratungsangebote insbesondere für Regenbogenfamilien erweitert werden.

849 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können. Der
850 kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende,
851 soll daher durch das Land Berlin ausgebaut werden, beispielsweise in Form von freien
852 Ausgaben bei Beratungsstellen und Gesundheitsämtern. Beratung im Fall von
853 Schwangerschaftskonflikten muss niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich sein.
854 Informationen, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, müssen vom Land Berlin auf
855 verschiedenen Plattformen leicht erreichbar und verständlich zur Verfügung gestellt werden.
856 Die medizinische Versorgung zum Abbruch von unerwünschten Schwangerschaften ist zukünftig
857 gefährdet. Sie muss zumindest von den landeseigenen Kliniken personell und strukturell
858 gewährleistet werden. Das sogenannte Werbeverbot im Paragraphen 219 a StGB haben wir auf
859 Bundesebene bereits abgeschafft. Nun kämpfen wir auf Bundesebene weiter für die
860 Legalisierung von und Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche und die Abschaffung des
861 Paragraphen 218 StGB, damit Ärzt*innen ohne Restriktionen über die verschiedenen Methoden
862 des Abbruchs informieren können und diese Teil der medizinischen Ausbildung und
863 Kassenleistung werden. Wir wollen, dass in Berlin mehr Forschung zu
864 Schwangerschaftsabbrüchen stattfindet. Bereits in der Schule müssen Jugendliche über diese
865 Thematik aufgeklärt werden.

866 Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss

867 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir
868 wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen
869 können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr
870 in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vor dem
871 Auftreten von schweren Erkrankungen eine gute Aufklärung über Vorsorgevollmachten und
872 Patientenverfügungen stattfindet. Sind diese Dokumente nicht vorhanden, sind die Angehörigen
873 von schwer Erkrankten häufig nicht in der Lage, entsprechend dem mutmaßlichen Willen der
874 Betroffenen Aussagen zu Behandlungswünschen zu treffen. Gültige Vorsorgevollmachten und
875 Patientenverfügungen stellen sicher, dass die Wünsche von Betroffenen, insbesondere am
876 Lebensende, geachtet werden. Sie erleichtern außerdem dem medizinischen Personal die Arbeit.
877 Deshalb wollen wir die Aufklärungsstrukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine
878 Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung
879 im Hospiz oder zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aufgrund
880 reformbedürftiger Anreize aus gesundheitsökonomischer Sicht oft unattraktiver als die
881 medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische Maßnahmen, die von den
882 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus-
883 und weiterzubilden, dass für sie die Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und
884 lebensverlängernde Maßnahmen nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

885 Mit seinem Grundsatz-Urteil vom 26. Februar 2020 hat das Bundesverfassungsgericht
886 klargestellt, dass auch beim Suizid in jeder Lebenslage eines Menschen die Selbstbestimmung
887 umfassend gilt. Der damalige Paragraph 217 StGB, der die Beihilfe kriminalisierte, wurde
888 deshalb für nichtig erklärt. Nun gilt: Menschen, die eine Entscheidung über das eigene
889 Lebensende treffen möchten, haben also einen Anspruch auf qualifizierte Aufklärung und
890 Beratung, auch zu lebensorientierten Alternativen zum Suizid. Wir wollen in Berlin ein
891 entsprechendes Modellprojekt mit ergebnisoffenen und einfühlsamen Gesprächsangeboten auf den
892 Weg bringen.

893 Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote

894 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich auch das psychische Wohlbefinden. Durch
895 unsere Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen
896 positiven Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber
897 hinaus wollen wir – unter anderem im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote
898 schaffen und ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen
899 besser zu bewältigen.

900 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und
901 Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte
902 Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Dialog und Peer-Ansätze sowie den
903 Abbau von Zwang. Auch hochstrukturierte Bereiche der psychiatrischen Versorgung wie zum
904 Beispiel das Krankenhaus des Maßregelvollzugs wollen wir als integralen und wichtigen
905 Bestandteil des psychiatrischen Versorgungsnetzwerks weiterentwickeln. In der Versorgung
906 gilt für uns die Maxime: ambulant vor teilstationär vor stationär. Unser Plan ist,
907 innovative Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sowie neue Angebotsformen zu fördern. In den
908 Sozialpsychiatrischen und Kinder- und Jugendpsychiatrischen Diensten wollen wir mehr
909 aufsuchende Beratungs-, Begleitungs- und Vernetzungsangebote für schwer psychisch
910 beeinträchtigte Menschen mit und ohne Obdach anbieten. Dafür braucht es auch mehr personelle
911 Ressourcen. Wir haben darüber hinaus das Angebot an psychosozialer Unterstützung für
912 Geflüchtete bedarfsgerecht und mehrsprachig ausgebaut sowohl in den Geflüchteten-
913 Unterkünften als auch bei den aufsuchenden psychosozialen Fachkräften als Teil der Angebote
914 des Psychiatrieentwicklungsprogramms. Das Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich
915 weiterentwickeln und einen datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

916 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote zur
917 Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen Unterstützung und
918 Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen. Unter diesem
919 Dach werden Prävention, Intervention und Nachsorge bei sexualisierter Gewalt regelhafter
920 Bestandteil der psychosozialen Gesundheitsversorgung und eine konsequente Anschlussfähigkeit
921 an bereits bestehende Netzwerke in Berlin ist sichergestellt.

922 3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege stark

923 Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters
924 selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie
925 dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen
926 Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre
927 Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und
928 Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im
929 Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns
930 ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterschluss mit Pflegebedürftigen,
931 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

932 Im Kiez verortet

933 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie
934 möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben
935 können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte
936 ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus
937 fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven,
938 generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene
939 Community hinaus zusammenbringen.

940 Einsamkeit vorbeugen

941 Immer mehr ältere Menschen leiden unter Einsamkeit. Dies trifft sehr häufig Pflegebedürftige
942 und Kranke, aber auch Menschen, die in ihrem bisherigen Leben von Ausgrenzung und
943 Diskriminierung betroffen waren. Menschen mit mobilitätsbedingten Einschränkungen und
944 ausgeprägten Sinnesbehinderungen können oft ohne Unterstützung nicht mehr die eigene Wohnung
945 verlassen. Sehr oft fehlen ihnen anregende zwischenmenschliche Kontakte. Die
946 Kontaktlosigkeit geht mit dem Verlust mentaler Fähigkeiten, eingeschränkten
947 Sprachkompetenzen und schlechterer körperlicher Gesundheit einher. Präventiv können hier
948 Angebote sozialer Aktivitäten wirken. Mit der Förderung von Hilfs- und Kontaktangeboten, wie
949 dem „Silbernetz gegen Einsamkeit im Alter“ und freiwilligen Besuchsdiensten wollen wir der
950 Einsamkeit im Alter entgegenwirken. Hierfür haben wir auch präventive Hausbesuche
951 eingeführt. Auch die Kompetenz zur Nutzung von digitalen Medien trägt dazu bei, den Kontakt
952 zu anderen aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wer die Vielfalt der Nutzung der digitalen
953 Angebote kennen lernen will, benötigt Unterstützung durch vertrauensvolle Stellen und es
954 muss die Zuversicht vermittelt werden, auftretende Probleme nach und nach eigenständig lösen
955 zu können. Wir brauchen eine Bildungsoffensive zur digitalen Teilhabe, die auch
956 Altersgruppen jenseits des 75. Lebensjahres einschließt. Deshalb fordern wir kostenlose
957 WLAN-Anschlüsse in Pflegeheimen, Pflege-Wohngemeinschaften und Freizeiteinrichtungen für
958 ältere Menschen. Dort sollen auch Tablets und Smartphones als Leihgeräte zur Verfügung
959 stehen.

960 Vielfalt der Pflege- und Wohnformen

961 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter, diversitäts- und
962 diskriminierungssensibler Pflege- und Wohnformen an und wollen alternative Wohn- und
963 Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen abgelöst werden, wir
964 fördern kleine, an Quartiere angebundene und vernetzte Versorgungseinrichtungen. Sie bieten
965 quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive Beratung, Pflege und Betreuung älterer
966 Menschen. Um eine gute Qualität sicherstellen und kontrollieren zu können, haben wir das
967 Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Wir streben weiter das Ziel an, dass die Heimaufsicht
968 personell angemessen und qualifiziert besetzt ist. Wir wollen die Bewohnerbeiräte von
969 Pflegeheimen und Pflege-Wohngemeinschaften stärken und ihnen kostenlose Fortbildungen
970 anbieten. Besonders wichtig war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und
971 Wohngemeinschaften an den jeweiligen Sozialraum. Wir werden die vorhandenen
972 Beschwerdestrukturen optimieren und die Einrichtung einer Beschwerdestelle im Bereich Pflege
973 prüfen.

974 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf
975 beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot
976 in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und
977 barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und
978 gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen
979 Pflegeeinrichtungen.

980 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine
981 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und
982 weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die
983 Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden.
984 Die Bezirke erhalten den Auftrag, gemeinsam mit den Netzwerken vor Ort regelmäßig eine
985 kontinuierliche Planung zur Weiterentwicklung von Versorgungsangeboten und der lokalen
986 Pflegeinfrastruktur vorzulegen. Die abgestimmte Bedarfsplanung ist Grundlage für die
987 Landesförderung zur Weiterentwicklung der Infrastruktur für ein selbstbestimmtes Altern. Für
988 uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Lebensentwürfe und -realitäten der Berliner*innen
989 abbilden muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade
990 in einer Einwanderungsgesellschaft gilt es, Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei
991 Einstellungen auf Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in
992 Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der
993 interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen
994 – diesen Weg wollen wir weitergehen. Hierzu leisten die Interkulturellen Brückenbauer*innen
995 in der Pflege einen wesentlichen Beitrag, den es auszubauen und um die diversitätskritische
996 Hospiz- und Palliativversorgung in Berlin auszuweiten gilt.

997 Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen

998 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. In der Haus- und Familienpflege sowie
999 bei Berufen der Altenpflege sind das zu über 80 Prozent Frauen. Pflegekräfte sind
1000 systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend auf dem Gehaltszettel und in
1001 den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege
1002 wurden in den letzten Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der
1003 Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf
1004 gute Pflege angewiesen. Ein wichtiger Schritt ist eine gerechte, auskömmliche Bezahlung, die
1005 im Job selbstverständlich sein muss und schon in der Ausbildung, wie bei Pflegepraktika,
1006 Famulaturen, bei Praktika im Pflegestudium und für Ärzt*innen im praktischen Jahr erfolgen
1007 muss. Wir wollen auch die Akademisierung der Pflege- und Therapieberufe voranbringen und
1008 mehr Studienangebote im Bereich der Gesundheitsberufe schaffen. Eine Pflegekammer, wenn sie
1009 mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir.

1010 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote,
1011 gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu
1012 melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte. Eine Pflegekammer kann dafür
1013 einen Beitrag leisten, wenn sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden unterstützt wird.
1014 Wir fordern mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und berufsbegleitende Ausbildungen. Auch
1015 die Ausbildung zur Pflegeassistenz muss vergütet werden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz
1016 wollen wir auf Bundesebene regeln und bis dahin schon in Berlin besser, generalistisch und
1017 über einen längeren Zeitraum ausbilden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz ist bereits
1018 gestartet. Im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob
1019 innerhalb oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der
1020 ambulanten Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende
1021 Menschen möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte
1022 arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen und einer
1023 besseren Entlohnung von Beschäftigten in der ambulanten Pflege wollen wir sie
1024 zurückgewinnen. Die bereits erfolgte Umsetzung der Tarifbindung ist hierfür ein wichtiger
1025 Schritt.

1026 Pflegende Angehörige besserstellen

1027 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000
1028 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie
1029 stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So haben wir ihr
1030 Recht auf Mitsprache ausgebaut. Diesen Weg werden wir weiter gehen und sie besser
1031 informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung zur Entlastung von
1032 pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen soll ausgebaut und verstetigt werden.
1033 Besonders Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige müssen dabei in Zukunft noch mehr
1034 bedacht werden. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung wird durch einen Beirat bestehend
1035 aus Selbstvertretungsgruppen Pflegender Angehöriger und den Kontaktstellen
1036 „PflegeEngagement“ beraten. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits eine
1037 Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet, eine
1038 Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck machen.

1039 2.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit Behinderung

1040 Menschen mit Lernschwierigkeiten oder Beeinträchtigung werden von der Gesellschaft
1041 eingeschränkt, weil sie nicht als Norm gelten. Diesen Einschränkungen wollen wir
1042 entgegenwirken und die Berliner Stadtgesellschaft inklusiver gestalten. Wir wollen eine
1043 Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne körperliche, psychische oder kognitive
1044 Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen.
1045 In Berlin leben rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50, das
1046 ist fast jede zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für
1047 noch viel mehr Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen,
1048 auf barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es
1049 zentral, dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

1050 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft. Wir
1051 Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an. Gleichzeitig arbeiten
1052 wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau
1053 sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig
1054 Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für den
1055 Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020 zusätzlich
1056 zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim barrierefreien Umbau
1057 der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn. Unser
1058 Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir investieren
1059 jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen. Die Einführung des
1060 barrierefreien Rufbusses Muva ist hier ein wichtiger Schritt.

1061 „Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung

1062 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen wir gezielt
1063 vorantreiben. Wir wollen in den „Häusern der Teilhabe“ multiprofessionelle Teams
1064 zusammenbringen, um die Beratung so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für
1065 einheitlich hohe Standards der Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen
1066 Land und Bezirken entwickeln und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also
1067 ein neues Label und die Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht
1068 zulassen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch
1069 das „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den
1070 Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern
1071 der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs-
1072 und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtskreisen
1073 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

1074 Für Inklusion in allen Lebensbereichen

1075 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die Prämisse:
1076 Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die sogenannten Werkstätten so weiterentwickeln,
1077 dass sie nicht zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten
1078 Arbeitsmarkt dienen. Perspektivisch sollen Werkstätten überflüssig werden. Unternehmen mit
1079 mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf 5 Prozent der
1080 Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen aber zu
1081 viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um das zu ändern, werden
1082 wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung stärker fördern und
1083 Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an diese, mindestens aber an „Inklusionsbetriebe“
1084 vergeben.

1085 Wir streben eine Erhöhung der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs für Menschen
1086 mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen an. Wir unterstützen und fördern solche
1087 Projekte, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, auf dem ersten Arbeitsmarkt eine
1088 Zukunftsperspektive zu finden.

1089 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe und
1090 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir schnellstmöglich
1091 abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxis im
1092 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen. Bei der
1093 Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen machen wir Inklusion
1094 immer mehr zu einer Bedingung.

1095 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere
1096 Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraumes
1097 barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen wir die
1098 Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben
1099 zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten
1100 zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

1101 Unser Ziel ist inklusive Bildung in einer inklusiven Gesellschaft – in Schule, Berufsschule
1102 und Hochschule. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert
1103 dieses Ziel. Nach und nach wollen wir unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder
1104 gemeinsam an Regelschulen lernen. Die Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an
1105 den Regelschulen zur individuellen Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin. Des
1106 Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass das Konzept der Schulgesundheitspflege umgesetzt
1107 wird, um so die Gesundheit der Kinder zu verbessern.

1108 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen
1109 werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir
1110 weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen. In der
1111 queeren Community sind wir mit einem Fördertopf für Barrierefreiheit vorangegangen. Diesen
1112 werden wir fortsetzen, um auch für LSBTIQ* mit Beeinträchtigungen die Teilhabe an queerer
1113 Infrastruktur zu sichern. In Zusammenarbeit mit der Clubkommission wollen wir zudem gezielt
1114 eine barrierefreie Clubkultur in Berlin fördern.

1115 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-
1116 Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin einen
1117 wichtigen Schritt getan. Das gilt zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und
1118 Bezirksämter. Bei der Neukonzeption von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit
1119 schon in der Planung umfassend mitgedacht werden.

1120 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist eine inklusive
1121 Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

1122 2.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, Unterstützung und Selbstbestimmtheit

1123 Drogen sind Teil der Gesellschaft und der Substanzgebrauch ist weit verbreitet. Die Debatte
1124 zum Umgang damit wird jedoch irrational geführt und ist von Verbotsdogmen und Tabus geprägt.
1125 Wir Bündnisgrüne stehen für eine Neuausrichtung: Wir wollen einen vernünftigen,
1126 evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch Prävention und
1127 Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz überhaupt erst möglich macht, Abhängigen
1128 unkompliziert Hilfe zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

1129 Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden

1130 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. 127.000 Menschen sterben jährlich an den
1131 Folgen des Rauchens. Diesen Tatsachen müssen wir besonders Rechnung tragen, indem wir uns
1132 das Ziel setzen, den Konsum von Tabak und verwandten Produkten zu reduzieren, und wollen
1133 deshalb das Senatsprogramm „Berlin qualmfrei“ weiterentwickeln. Am gefährlichsten für
1134 Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig.
1135 Tatsächlich ist die Unterscheidung zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen
1136 Drogen auf der anderen Seite nicht sinnvoll, wurde fachlich willkürlich getroffen und beruht
1137 bis heute auf zum Teil rassistischen Motiven. Wir Bündnisgrüne stehen für eine
1138 Drogenpolitik, die auf Fakten statt auf ideologischen Debatten basiert. Sie ist vom Leitbild
1139 geprägt, gesundheitliche Schäden zu mindern und die Konsument*innen zu befähigen, aufgeklärt
1140 und selbstbestimmt zu konsumieren, ohne dabei Dritte zu gefährden. Statt willkürlicher
1141 Kriterien wäre eine Regulierung nach tatsächlichem Gefährdungs- und Suchtpotential ein
1142 wichtiger Schritt – hier ist die Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied
1143 macht, wie Drogen konsumiert werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und
1144 in kriminalisierten, ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen
1145 orientieren. Ideologische Debatten lehnen wir ab.

1146 In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene

1147 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir haben ein
1148 Werbeverbot für Tabak und Alkohol immerhin auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit einem
1149 Pilotprojekt zum Drug-Checking in Clubs haben wir einen Weg eingeschlagen, der Menschen vor
1150 gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume wurden in den Bezirken geplant
1151 und geschaffen. Dort sind neben risikoarmem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und
1152 Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir
1153 abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf
1154 Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind grundlegende Reformen auf Bundesebene.
1155 Gemeinsam mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem
1156 „Cannabiskontrollgesetz“ ein sehr konkreter Weg zur regulierten Abgabe entwickelt, den wir
1157 auch weiter vorantreiben werden, sowie die Forschung auf dem Gebiet der psychoaktiven
1158 Substanzen.

1159 Aufklärung und Prävention ausbauen

1160 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten Drogenpolitik
1161 festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen. Der Jugend- und
1162 Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und damit der Verbraucherschutz
1163 haben dabei für uns höchste Priorität. Für Jugendliche und junge Erwachsene fördern wir
1164 präventive Angebote durch verbindliche Kooperationsstrukturen von Schule, Jugend- und
1165 Suchthilfe. Dabei nehmen wir nicht nur substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern
1166 werden auch Programme der Prävention vor nicht substanzgebundenen Süchten, beispielsweise
1167 von Glücksspiel- oder Computerspielen, weiter ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol
1168 wollen wir in einem nächsten Schritt auf allen Werbeflächen in Berlin verbieten. Den

1169 Nichtraucher*innen wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und Barkeeper*innen
1170 schützen wir damit und halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit
1171 Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucher*innen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier
1172 mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

1173 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und werden mit
1174 voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe diese
1175 Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren
1176 Spritzenentsorgung, mit häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen sowie mit
1177 gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf
1178 Spielplätzen nichts verloren. Bei der Lösung dieser Probleme beziehen wir die Betroffenen im
1179 Sinne partizipativer Handlungsansätze aktiv mit ein.

1180 Beratung und Selbsthilfe stärken

1181 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie Drogenkonsumräume. Neben
1182 dem Ausbau von Drogenhilfeprogrammen wollen wir auch die bestehenden Strukturen verstetigen
1183 und die Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen und Ebenen vernetzen. So schützen wir
1184 Konsument*innen am besten. Unser Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzentauschprogramme in
1185 allen Bezirken Berlins. Die Öffnungszeiten von bestehenden Drogenkonsumräumen sollen
1186 ausgeweitet werden und Schutzräume für Frauen, inter, nichtbinäre und trans Personen
1187 geschaffen werden. Mit einer stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen
1188 erreichen, die drogenabhängig und dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die
1189 Beratung aber nicht alleine schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so
1190 dass es sich zur anerkannten Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert
1191 mit Angeboten zur Beratung und Hilfe zum Ausstieg aus dem riskanten Drogenkonsum. Für eine
1192 bessere Erreichbarkeit wollen wir mehr mobile Drug-Checking-Teams auf den Weg bringen. Die
1193 Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist dabei
1194 für uns, dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-Substitution
1195 und die Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und
1196 medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung sichergestellt sind.

1197 Illegalen Markt austrocknen

1198 Um den illegalen Markt auszutrocknen, arbeiten wir in einem nächsten Schritt weiter daran,
1199 Cannabis zu legalisieren. Bis auf der Bundesebene die Reformen zu einer progressiven
1200 Drogenpolitik umgesetzt sind, tun wir auf Landesebene alles, damit Konsumierende nicht
1201 kriminalisiert werden. Die nicht verfolgbare geringe Menge von Cannabis zum Eigenbedarf
1202 wollen wir anheben und auch für andere illegale psychoaktive Substanzen entsprechende
1203 geringe Mengen festlegen, die strafverfolgungsfrei bleiben. Damit entlasten wir Polizei und
1204 Justiz massiv. Frei gewordene Kapazitäten wollen wir soweit möglich für die Bekämpfung der
1205 organisierten Kriminalität einsetzen, die maßgeblich durch den internationalen Drogenhandel
1206 begünstigt wird. Auch den Parks, die durch Dealertätigkeiten geprägt sind, wollen wir wieder
1207 zu mehr Ruhe und Sauberkeit verhelfen und auch die Lebensqualität der Anwohner*innen
1208 verbessern.

1209 Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik

1210 Weltweit sorgen der Anbau und Handel von Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Anhand
1211 kaum eines anderen Politikfelds sind die weltweiten Auswirkungen und Zusammenhänge mit
1212 unseren politischen Entscheidungen so sichtbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu
1213 beenden, arbeiten wir daran, dem internationalen Drogenhandel seine finanziellen Wurzeln zu
1214 entziehen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung und

1215 Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen und diese Konflikte nicht auf
1216 dem Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

1217 2.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt des Sportes

1218 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft, tragen maßgeblich zum
1219 körperlichen und psychischen Wohlbefinden bei. Sport ist integraler Bestandteil des sozialen
1220 und kulturellen Lebens und ebenso vielfältig. Wir wollen allen Berliner*innen ermöglichen
1221 sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem Alter, egal ob organisiert und regelmäßig oder
1222 nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll alle Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere
1223 Vision für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und Bewegung selbstverständlich in allen
1224 Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park, eine Runde Tischtennis im Hof,
1225 Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem Supermarkt-Dach. Dafür denken wir
1226 Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung mit. Sport verbindet auch über Grenzen hinweg.
1227 Berlin profitiert von Sportgroßveranstaltungen, wenn sie ökologisch, ökonomisch und sozial
1228 nachhaltig sind und Bürger*innenbeteiligung und Transparenz über Kosten von der Bewerbung
1229 bis zur Durchführung und Nachnutzung sichergestellt werden.

1230 Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine

1231 Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen ehrenamtlich aktiv. Sie übernehmen vielfältige
1232 gesellschaftliche Aufgaben und sind unverzichtbar. Sie unterstützen das soziale und
1233 sportliche Miteinander im Breiten-, Freizeit- und Leistungssport als Trainer*innen,
1234 Schiedsrichter*innen oder im Vorstand. Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz,
1235 sondern auch bei der Bezahlung von Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir
1236 die Finanzierung der Trainer*innen und Übungsleiter*innen verbessert. Uns ist wichtig, ihre
1237 Leistung anzuerkennen und dafür Sorge zu tragen, dass kostenlose Fortbildungs- und
1238 Seminarangebote, auch im Bereich des Kinderschutzes, zur Verfügung stehen. Dies ist ein
1239 wichtiger Bestandteil, um zu gewährleisten, dass Sportvereine sichere Orte für Kinder und
1240 Jugendliche, frei von jeglichen Formen physischer, psychischer sowie sexualisierter Gewalt,
1241 sind. Deshalb halten wir den Erwerb des Kinderschutzesiegels für Vereine für notwendig.

1242 Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen

1243 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei organisierenden
1244 Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport
1245 gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden
1246 wir das Sportfördergesetz und die Sportanlagen-Nutzungsvorschriften so anpassen, dass die
1247 Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Auch der
1248 neu gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-
1249 Ludwig-Jahn-Sportpark in Pankow sowie der Sport- und Bewegungspark Tegel sollen Vorzeige-
1250 Projekte für das Nebeneinander von institutionalisiertem und frei organisiertem Sport
1251 werden. Hierfür wollen wir den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie
1252 an einem historischen Ort in einer Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine
1253 inklusive Sportstätte für alle Menschen entstehen kann.

1254 Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu ermöglichen, haben wir
1255 das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken kostenlose
1256 Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als 100
1257 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den
1258 kommenden Jahren weiterführen. Unabhängig davon, ob es als Medienphänomen oder als Sportart
1259 gesehen wird: E-Sport wird zum Bestandteil des Alltags vieler Berliner*innen. Wir wollen
1260 seine Entwicklung mit Gamer*innen, Eltern und Pädagog*innen gemeinsam gestalten und einen
1261 souveränen Umgang unterstützen. Dabei fördern wir insbesondere ehrenamtliches Engagement,

1262 Diversität und Geschlechtergerechtigkeit im E-Sport und setzen uns für einen nachhaltigen E-
1263 Sport-Standort ein.

1264 Sportanlagen inklusiv und ökologisch

1265 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in Berlin in
1266 schlechtem Zustand. Mit dem Sportstättenanierungsprogramm haben wir begonnen, Sportstätten
1267 wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen wird die
1268 Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen
1269 ökologischen Standards mit transparenter Bürger*innenbeteiligung erfolgen müssen. Die
1270 Klimakrise erfordert, dass wir in allen Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben
1271 wir in den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

1272 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei werden.
1273 Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle Berliner*innen in die
1274 Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur Gesellschaft der
1275 Vielen, die allen Menschen, auch in einer älter werdenden Gesellschaft, ein selbstbestimmtes
1276 Leben ermöglicht. Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal
1277 welche körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht,
1278 welches Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle
1279 Orientierung und sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller
1280 Berliner*innen muss sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände
1281 widerspiegeln.

1282 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht ist es
1283 geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten Flächen
1284 versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von beispielsweise Schulen
1285 umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet
1286 werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

1287 Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für die
1288 Gesundheit

1289 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass immer wieder
1290 Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Wir wollen deshalb den
1291 Schulschwimmunterricht qualifizieren, indem wir die erfolgreichen „Schulschwimmzentren“ auf
1292 ganz Berlin ausweiten. Zudem wollen wir die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe
1293 verlängern, damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich
1294 die Nutzung der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob
1295 Kooperationsverträge mit anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios,
1296 abgeschlossen werden können, um die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

1297 Wir bauen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen um, das
1298 sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die Preisstruktur soll transparent
1299 sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir stellen viel
1300 Geld für die Sanierung der Bäder bereit, aber wie bei den Sportstätten ist auch bei den
1301 Bädern ein langer Atem nötig, bis alle Bäder wieder in Schuss sind. Bei Um- und Neubauten
1302 achten wir darauf, dass sie barrierefrei und ökologisch sind.

1303 Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1304 1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware

1305 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen wir
1306 Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent

1307 Gemeinwohl“ sollen mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte
1308 Hände kommen. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu können, treffen wir die notwendige
1309 finanzielle Vorsorge für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mit gemeinwohlorientierten
1310 Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine
1311 Kooperationsvereinbarung abschließen. Dabei gilt es auch, nötige Flächen in Erdgeschossen
1312 und gewerblichen Gebäuden zu sichern für Gemeinbedarfsflächen, Nachbarschaftstreffs,
1313 Stadtteil- und Familienzentren, Kleingewerbe und Kultur.

1314 2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden

1315 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die
1316 Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so
1317 unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das
1318 Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf
1319 und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld,
1320 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e
1321 Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und
1322 verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen
1323 zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

1324 3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause

1325 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben –
1326 egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung
1327 verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen
1328 zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt
1329 für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese
1330 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem
1331 neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine
1332 schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene
1333 darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden, in
1334 Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.

1335 4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern

1336 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf angewiesen.
1337 Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich anstrengende Arbeit,
1338 Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass viele
1339 ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene
1340 Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern,
1341 dass auch eine Vollzeitätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache
1342 bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger Arbeitszeiten. Auch
1343 in vielen Care-Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Auch hier wollen wir
1344 faire Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen – dazu zählt
1345 eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen bei den Ärzt*innen im
1346 Praktikum bis hin zu den Pflegekräften.

1347 5. Bezirkliche Gesundheitsämter aufwerten – bessere Personalausstattung

1348 Den Pakt zur Stärkung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) nutzen wir und setzen uns
1349 für mehr Personal und bessere Ausstattung ein. Dies flankieren wir mit einer
1350 Qualifizierungsoffensive und der Etablierung systematischer und berufsbegleitender
1351 Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Mit bezahlter Freistellung und Kostenübernahmen
1352 wollen wir die Public-Health-Expertise im ÖGD weiter ausbauen. Dazu gehören die
1353 Weiterbildung zu Fachärzt*innen für den ÖGD genauso wie Abschlüsse in Public Health,

1354 Epidemiologie oder Health Professions Education. Dazu streben wir Kooperationen mit den
1355 Berliner Hochschulen an.